

Artikel erschienen in:

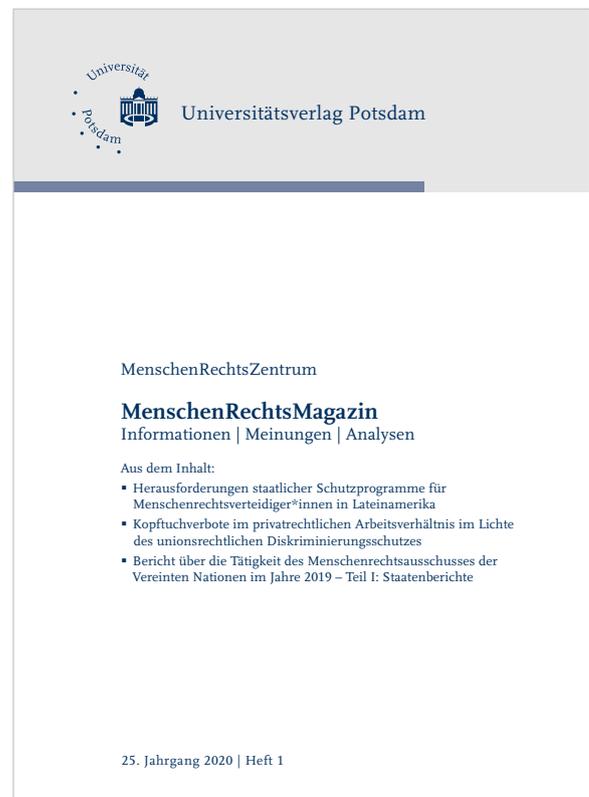
MenschenRechtsZentrum

MenschenRechtsMagazin ; 25 (2020) 1

2019 – 75 S.

ISSN 1434-2820

DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-44511>



Empfohlene Zitation:

Victor Mauer: Christie Miedema: Not a Movement of Dissidents. Amnesty International Beyond the Iron Curtain, In: MenschenRechtsMagazin 25 (2020) 1, Potsdam, Universitätsverlag Potsdam, 2020, S. 72–74.
DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-47131>

Dieses Objekt ist durch das Urheberrecht und/oder verwandte Schutzrechte geschützt. Sie sind berechtigt, das Objekt in jeder Form zu nutzen, die das Urheberrechtsgesetz und/oder einschlägige verwandte Schutzrechte gestatten. Für weitere Nutzungsarten benötigen Sie die Zustimmung der/des Rechteinhaber/s:

<https://rightsstatements.org/page/InC/1.0/>

Buchbesprechung

Christie Miedema: Not a Movement of Dissidents. Amnesty International Beyond the Iron Curtain (Schriftenreihe Menschenrechte im 20. Jahrhundert. Band 4. Für den Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert herausgegeben von Norbert Frei). Wallstein, Göttingen 2019. 280 Seiten, ISBN: 978-3-8353-3412-0.

In der historischen Forschung werden die 1970er Jahre seit einiger Zeit als tiefgreifende Zäsur wahrgenommen. In etlichen Bereichen kam es weltweit zu einschneidenden Veränderungen. Folgt man dem an der Universität Yale lehrenden US-amerikanischen Rechtshistoriker Samuel Moyn, dann hatte die Globalisierung jener Dekade zwei Seiten: eine ökonomisch-krishafte und eine humanitär-fortschrittliche. Die großen Ideologien, die im Kalten Krieg aufeinanderprallten, hatten sich zunehmend erschöpft. An ihre Stelle trat, in den Worten des Tübinger Historikers Jan Eckel, ein „multifunktionales moralpolitisches Erneuerungsversprechen“. Dass die konfrontativen Muster des epochalen Konflikts gleichwohl nicht an Bedeutung verloren, wurde spätestens mit dem Amtswechsel im Weißen Haus in Washington im Januar 1977 auf der einen und der sowjetischen Intervention in Afghanistan am ersten Weihnachtstag 1979 auf der anderen Seite deutlich.

Als Teil einer breiter angelegten Revolution der Menschenrechte werden die 1970er Jahre, untermauert durch das Inkrafttreten des von der Generalversammlung bereits im Dezember 1966 angenommenen Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte im März 1976, auch als „Umbruchphase in der Menschenrechtsgeschichte“ (Samuel Moyn) interpretiert. Der Menschenrechtsaktivismus wurde von einem elitären zu einem Massenphänomen. Zunehmend verschränkten sich die Ebenen der zwischenstaatlichen Interaktion, des bürgerschaftlichen Engagements und des wissenschaftlichen Austauschs. Nichtstaatliche Akteure, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen waren transnational vernetzt, beeinflussten einander, standen bisweilen aber auch in Kon-

kurrenz zueinander. Die Helsinki-Gruppen, die sich im Kontext der KSZE-Schlussakte vom 1. August 1975 in fast allen Ostblockstaaten bildeten, profitierten von westlicher Unterstützung. Ohne diesen Beistand hätten sich die Bürgerbewegungen kaum entfalten können. Ihr Einsatz für bürgerliche und politische Rechte mutierte, ob gewollt oder nicht, zu einem Emblem sui generis auf dem ideologischen Schlachtfeld des Kalten Krieges. Ihr Handlungsspielraum aber wurde durch Politisierung und Instrumentalisierung erheblich eingeschränkt. Wer eine gerade Linie vom breit angelegten Menschenrechtsaktivismus der 1970er bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 ziehen will, wird, das zeigen gerade jüngere Studien, der Komplexität des Themas nicht gerecht.

Seit der Epochenwende von 1989/1991 ist die Geschichte der Menschenrechte und des Menschenrechtsschutzes in der von 1947 bis 1989 global ausgetragenen Konfrontation zwischen Ost und West zu einem eigenen Forschungsfeld geworden. Ihm verdankt eine neue Generation von Lehrstuhlinhabern ihre Berufung.

So gesehen reiht sich die Studie von Christie Miedema über Amnesty International und den osteuropäischen Menschenrechtsaktivismus der 1970er und frühen 1980er Jahre nahtlos in die bestehende Forschung ein. Und doch erschließt die niederländische Historikerin, die 2015 mit der Publikation ihrer Dissertation über das Verhältnis zwischen linken Bewegungen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland und der polnischen Opposition in den 1980er Jahren unter dem aussagekräftigen Titel *Vrede of Vrijheid?* (Frieden oder Freiheit?) erstmals hervorgetreten ist, neues Terrain.

Im Mittelpunkt der gut strukturierten, flüssig geschriebenen und ebenso differenziert wie engagiert argumentierenden Studie steht die Frage, wie Amnesty International vor dem Hintergrund des selbst definierten Prinzips der Unparteilichkeit mit den Herausforderungen des Kalten Krieges, den die Organisation zu überwinden trachtete, und dem Aufkommen von Amnesty-Gruppen und -Sektionen in Osteuropa umging. Der Fokus liegt einerseits auf der Londoner Zentrale, andererseits auf jenen Ländern, in denen Amnestys Menschenrechtsaktivismus über eine isolierte individuelle Mitgliedschaft hinausreichte: in der Sowjetunion und in Polen. Während Mark Hurst und Rudolf Ripp bereits erste Studien über Amnesty in der Sowjetunion vorgelegt haben, leistet Miedema mit ihrer Untersuchung Pionierarbeit für Polen. Anders als im sowjetischen Fall, bei dem sie sich auf Memoiren, zeitgenössische und wissenschaftliche Publikationen beschränken muss, kann sie sich für Polen auf zahlreiche Archivquellen stützen, darunter auf nachrichtendienstliche Akten und die persönlichen Bestände des Juristen, Journalisten und ehemaligen politischen Häftlings Emil Morgiewicz sowie auf jene des einstigen Gründers der pazifistischen Untergrundorganisation *Wolność i pokój* (WiP), die der verbotenen Gewerkschaft *Solidarność* nahestand, und heutigen Außenministers Jacek Czaputowicz. Darüber hinaus hat die Autorin mehrere Zeitzeugeninterviews geführt. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich von den frühen 1970er Jahre bis in die frühen 1980er Jahre.

Osteuropa rückte erst in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts in den Fokus von Amnesty International, und zwar anders als Asien und Lateinamerika nicht auf Betreiben der Londoner Zentrale, sondern primär weil Menschenrechtsaktivisten und Dissidenten vor Ort Amnestys Nähe suchten – und letztlich nicht fanden. Für eine Organisation, die inmitten des Kalten Krieges im Mai 1961 in London mit dem ausdrücklichen Ziel aus der Taufe gehoben worden war, den ideologischen Konflikt gleichsam ignorierend zu überwinden, war das eine erstaunliche Tatsache. Dass der Ost-

West-Konflikt sich prinzipiell positiv auf den Menschenrechtsaktivismus ausgewirkt habe, wie einige Wissenschaftler behaupten, stellt Christie Miedema in ihrer revidierten Untersuchung dann auch kritisch in Frage. Von einer wirklich transnationalen globalen Bewegung könne deshalb nicht die Rede sein.

Im Gegenteil: Dass Anspruch und Wirklichkeit in Osteuropa an durchaus selbstverschuldete Grenzen stießen, führt Miedema auf das von der Londoner Zentrale – losgelöst von regionalen Spezifika – strikt verfolgte Prinzip der Unparteilichkeit zurück. Der erste Pfeiler dieses Prinzips, nämlich Menschenrechtsverletzungen, egal wo sie begangen wurden, in gleichem Maße zu verurteilen, haben Ansehen und Glaubwürdigkeit von Amnesty International zweifellos gemehrt. Weit kritischer dagegen betrachtet die Autorin den zweiten Pfeiler, wonach eine gewisse Distanz zwischen Aktivisten und Gefangenen zu wahren war. Konkret bedeutete das: Während osteuropäische Menschenrechtsaktivisten Amnesty dringend benötigte Informationen über ihre Region und damit über eine Region lieferten, die für Amnestys Politik der internationalen Ausgewogenheit wichtig war, durften sie an der Umsetzung der auf ihren Informationen beruhenden Maßnahmen nicht mitarbeiten. In Christie Miedemas Worten fällt das Fazit unmissverständlich aus:

“The obligation to only work on other countries while ignoring the pervasive violations at home put activists in an impossible situation. This was especially the case as interest in Amnesty [...] usually emerged among those who had already campaigned for human rights domestically. The rule not only made less sense in repressive societies than in the democracies where Amnesty began its activity, but above all did not convince the authorities, which mistrusted all independent civic activity. [...] Amnesty’s choice for detachment over experience meant that it willingly took away some of its Eastern European activists’ agency by not allowing them to work on the topics they were most knowledgeable about. The relationship between Amnesty and its Eastern European supporters thus hardly matches

the empowering nature that is often ascribed to human rights organizations.” (254)

Das ist ein hartes Urteil, das auch den Erfahrungen der Menschenrechtsaktivistin Christie Miedema aus einer freilich ganz anderen Zeit geschuldet sein mag. Und doch lässt sich nicht von der Hand weisen, dass das rigorose Festhalten an dem Prinzip der Unparteilichkeit, das von manchen bis heute analog zur zweiten Welle der Ostpolitik

als distanzierteres Desinteresse interpretiert wird, weder dem Anliegen der Aktivisten noch dem selbst definierten Auftrag letztlich gerecht wurde – und schon gar nicht den Betroffenen. Zur Transformation Mittel-, Ost- und Südosteuropas hat dieser Ansatz womöglich weit weniger beigetragen, als es den Sachwaltern von Amnesty International lieb sein mag.

Victor Mauer